



HESSISCHER LANDTAG

23. 02. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Situation der hessischen Tierheime verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag schließt sich dem Appell der Hessischen Landestierschutzbeauftragten zur Verbesserung der Situation hessischer Tierheime an. Er teilt ihre Auffassung, dass sich die Situation der Tierheime in Hessen wie im übrigen Deutschland in der letzten Zeit dramatisch verschlechtert hat. Die Wirtschaftskrise führte nicht nur zu einem schwindenden Spendenaufkommen, sondern auch zu einer größeren Zahl abgegebener oder ausgesetzter Tiere. Betroffen sind vor allem Hunde und Katzen. Erschwerend kommen unterschiedliche Finanzzuwendungen der Kommunen für Tierheime hinzu.
2. Der Landtag dankt den im Ehrenamt tätigen Menschen in den Tierheimen. Dieses Engagement ist keine Selbstverständlichkeit. Die Bereitschaft, ehrenamtlich für die Tiere da zu sein, erspart den Kommunen hohe Aufwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Fund- bzw. abgegebenen Tieren. Ohne dieses ehrenamtliche Engagement müssten solche Einrichtungen vollkommen aus dem Steueraufkommen finanziert werden.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, Hilfen für besonders in Not geratene Tierheime zu organisieren. Da Kommunen den gesetzlichen Auftrag haben, sich um Fundsachen, so auch Tiere, zu kümmern, wird die Landesregierung aufgefordert, zusammen mit den hessischen Städten und Gemeinden klare verbindliche Regelungen für eine verlässliche Finanzierung der Tierheime zu finden.
4. Der Landtag stellt fest, dass in Hessen eindeutige Vorgaben zur Aufbewahrung von Fundtieren und herrenlosen Tieren fehlen und fordert daher die Landesregierung auf, analog der Länder Brandenburg, Baden-Württemberg oder Schleswig-Holstein Vorgaben zu erarbeiten.
5. Der Landtag erkennt die Vorteile einer Sachkundeprüfung (Hundeführerschein) für Hundebesitzer. Diese Sachkunde führt zu einem besseren Verständnis der Bedürfnisse von Hunden und könnte die Abgabe an Tierheime aus Überforderungsgründen vermindern. Zudem dient sie der Sicherheit, da es zu weniger Zwischenfällen mit aggressiven Hunden kommen würde. Die Landesregierung wird daher aufgefordert darzustellen, wie die Einführung einer verbindlichen Sachkundeprüfung erreicht werden kann.

Wiesbaden, 23. Februar 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir